

# Redetexte

## 2013-10-26 SWU

Edward Snowden:

2013-06-06, Hong Kong

„Sie sollten sich Gedanken über die Überwachung machen, da Sie beobachtet und aufgezeichnet werden, selbst wenn Sie nichts falsch machen – und die Speicherfähigkeiten der Systeme wachsen jedes Jahr kontinuierlich um Größenordnungen. Sie müssen nichts falsch gemacht haben. Sie müssen lediglich eines Tages unter Verdacht geraten – sei es auch zu Unrecht – und dann können die Geheimdienste das System nutzen, um in der Zeit zurückzugehen und jede Entscheidung zu hinterfragen, die Sie je getroffen haben, jeden Freund unter die Lupe zu nehmen, mit dem Sie je etwas besprochen haben und damit gegen Sie vorgehen, indem sie Verdachtsmomente aus einem unschuldigen Leben schlussfolgern und jeden beliebigen Menschen als Verbrecher darstellen.“

---

### **Worum gehts?**

Die Enthüllungen des amerikanischen Geheimdienstmitarbeiters Edward Snowden haben öffentlich gemacht, dass unsere gesamte Internetkommunikation massiv durch Geheimdienste abgehört und auf verdächtige Inhalte geprüft wird.

Dazu werden wie bei einer Rasterfahndung die zentralen Internetknoten abgehört und die Datenbanksammlungen der großen Internetkonzerne wie beispielsweise Google, Facebook, Microsoft, Apple oder YouTube durchforstet. Die US-amerikanischen Anbieter sind durch die nach 09/11 eingeführte „Patriot Act“-Gesetzgebung zur Bereitstellung der von ihnen gespeicherten Daten verpflichtet.

Auch in Deutschland werden derzeit anscheinend monatlich hunderte Millionen Datensätze durchforstet. Dazu kommen die seit Jahren bekannten Praktiken der Telefonüberwachungssysteme wie „Echelon“. Der Bundesnachrichtendienst sammelt, wie auch andere europäische Geheimdienste, Daten seiner und ausländischer Bürger und steht in akutem Verdacht, bereitwilliger Helfer US-amerikanischer Datensammelwut zu sein.

### **All dies geschieht ohne transparente demokratische Kontrolle!**

E-Mails, Eingaben bei Suchmaschinen und Kartendiensten, Facebook-Postings: Alles filtern und speichern Geheimdienste – vorgeblich nur zur Terrorabwehr. Selbst wenn Sie „nur“ im Internet surfen und einige E-Mails schreiben, ermöglicht die schiere Masse der von uns allen hinterlassenen Spuren ein fast vollständiges Abbild unserer Gesellschaft anzufertigen.

Das Ausmaß der entstehenden Datenberge übersteigt dabei alles bisher Vorstellbare – dabei hat die digitale Revolution unserer Gesellschaft gerade erst begonnen.

### **Warum betrifft es Sie?**

**Unsere Demokratie und unsere Grundrechte sind in Gefahr. Es betrifft einfach jeden!**

Auch wenn Sie meinen, nichts zu verbergen zu haben: Wären Sie außerhalb des Internets damit einverstanden, dass ein detailliertes Verhaltens-, Interessens- und Bewegungsprotokoll über Sie erstellt wird? Selbst wenn Ihre Daten momentan vorgeblich nur zur Terrorabwehr erhoben werden: Niemand weiß, wie solche Profile künftig missbraucht werden, und kann sich darauf verlassen, dass dieses Wissen auch in Zukunft ausschließlich für „gute Zwecke“ genutzt wird.

Gleichzeitig steht der Nutzen einer solchen Überwachung in keinem Verhältnis zu ihrem Eingriff in unsere Privatsphäre, denn die vermeintlich Gesuchten reagieren darauf mit dem Ausweichen auf Anonymisierungstechniken und andere Kommunikationskanäle. Hauptsächlich von der Überwachung und der daraus resultierenden Kontrolle sind somit die einfachen Bürger.

Die jüngst offengelegten Überwachungssysteme versuchen flächendeckend ohne konkreten Anlass durch automatisierte, statistische Analyse „unnormale“ und damit vermeintlich gefährliche Kommunikation aufzudecken.

**Die Erfahrungen, die wir in Deutschland mit Staaten gemacht haben, die systematisch in die Privatsphäre ihrer Bürger eingedrungen sind, sollten uns eine Warnung sein, dass Kommunikationsüberwachung der Bürger eine diffuse Angst vor Beobachtung schürt und damit eine Gleichschaltung der Gesellschaft fördert.**

Sicherheit ist ein legitimer Wunsch jedes Einzelnen. Sicherheit ist aber kein Grundrecht im Sinne des Grundgesetzes, sondern leitet sich aus den Grundrechten ab. Schon gar nicht ist es ein „Supergrundrecht“, wie es Innenminister Friedrich formuliert hat – die Grundrechte stehen nebeneinander und sind immer individuell gegeneinander abzuwägen.

**Die Verhältnismäßigkeit zwischen Freiheit und Sicherheit ist angesichts totaler, anlassloser Kommunikationsüberwachung und daraus resultierender Überwachung schlichtweg nicht mehr gegeben.**

## **Warum ist die Demokratie gefährdet?**

Demokratie lebt von Gewaltenteilung. Die Staatsorgane kontrollieren sich gegenseitig. Doch Geheimdienste entziehen sich der Gewaltenteilung, arbeiten im Verborgenen und sind prinzipiell kaum zu kontrollieren. Sie sind durch Ausnahmegesetze (G10-Gesetz, BND-Gesetz usw.) von der Einhaltung unserer Grundrechte ausgenommen und werden nur unzureichend durch spezielle Gremien überwacht, deren Arbeit wiederum weder transparent noch durch Parlament und Volk kontrollierbar ist.

Egal, wie man zu einer Überwachung bürgerlicher Kommunikation zur Gefahrenabwehr steht:

**Es besteht die Gefahr einer wachsenden Macht im Staate, die sich der Gewaltenteilung entzieht.**

Falschaussagen der Geheimdienste dienten bereits als nicht demokratisch kontrollierbare Begründungen für Kriege (z.B. die Chemiewaffenlüge, die zum Irakkrieg führte).

Die Nichtkontrollierbarkeit außerdemokratischer Organisationen fördert zudem die Politikverdrossenheit beim Bürger.

## **„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“**

...heißt es im Grundgesetz Artikel 20. Nehmen Sie Ihre Rechte wahr, gehen Sie nicht nur wählen, sondern vertreten Sie Ihre Meinung deutlich gegenüber dem Staat.

Durch Proteste wurde vieles erreicht: Frauen bekamen das Wahlrecht, die vollständigen Volkszählungen wurden abgeschafft, das Ende der Atomkraft wurde eingeleitet ...

Jetzt muss wieder etwas erreicht werden! Fordern Sie mit uns: #StopWatchingUs!

## Wir fordern

- die vollständige Aufklärung der Öffentlichkeit über sämtliche Überwachungsmaßnahmen.
- die Offenlegung aller geheimen Abkommen und Gesetze zur Überwachung und zur Zusammenarbeit der Geheimdienste.
- den Stopp aller nationalen und internationalen Massenüberwachung.
- den Stopp der Vorratsdatenspeicherung in Deutschland, in Europa und weltweit
- effektiven Schutz für alle Whistleblower und die Anerkennung Edward Snowdens als politischen Flüchtling

## Wir sind für die Wiederherstellung unserer Grundrechte!

Durch die Kontrolle aller Kommunikationskanäle wird Machterhalt sichergestellt. Bereits die bisher über uns gespeicherten Daten stellen ein Risiko für jeden von uns da, da eine der nächsten Regierungen ein anderes Terrorismus-Verständnis haben kann.

Quelle: Demonstrare.de, Info-Flyerv7.pdf (CC BY-NC-SA 3.0 DE)

---

Viele missverstehen, was ein Polizeistaat ist. Er ist kein Staat in dem Polizisten herummarschieren. Es ist ein Staat, in dem die Polizei tun kann was sie möchte. Entsprechend ist ein Sicherheitsstaat ein Staat in dem die Sicherheitsbranche tun kann, was sie möchte.

Bruce Coville über Tyrannei:

„Informationen zurückzuhalten ist die Essenz der Tyrannei.  
Die Steuerung des Informationsflusses ist das Werkzeug der Diktatur.“

Die Geheimdienste bilden eine Schattenwelt, die unbehindert von der Politik agiert – und kaum ein Politiker traut sich etwas daran zu ändern. Die Dienste sollten von der Politik gesteuert werden, doch tatsächlich arbeiten sie eigenverantwortlich und informieren die Politik nicht ausreichend über ihr Handeln. Besonders in den USA geht es so weit, dass sie die Regierung in die Irre führen und sie schamlos belügen. Statt Koordinator ist die Politik nur noch Zaungast. Die eigentlichen Entscheidungen finden bei den Geheimdiensten statt.

Die Dienste haben die Politik so in der Hand, dass die Politik nicht mehr in der Lage ist, sich gegenüber den Diensten zu behaupten und ihr Handeln zu bestimmen. Daher gibt es keinen ernstzunehmenden Untersuchungsausschuss für die Verantwortlichen. CDU/CSU, SPD und Grüne haben Angst, Druck auf die Dienste auszuüben, da die Dienste kompromittierendes Material über alle Politiker gesammelt haben, das deren Karrieren auf einen Schlag zerstören kann. Es ist ein Dickicht, das nicht mehr mit demokratischen Mitteln beherrscht werden kann. Es hilft nur noch eine Auflösung der Dienste und anschließende Neubewertung ihres tatsächlichen Nutzens.

Die Geheimdienste widersprechen sich zunehmend selbst, wenn sie behaupten, uns vor Anschlägen beschützen zu können. Sie begründen ihre Effektivität mit nicht stattgefundenen Anschlägen und fordern mehr Befugnisse ein, sobald es einen erfolgreichen Anschlag gab. Dabei sind sie tatsächlich höchst ineffizient, wenn es um die Vereitelung von Anschlägen geht: Sie wussten nichts von dem Bombenanschlag in Boston – um nur ein Beispiel zu nennen – und es geht so weit, dass sie selbst „Terroristen“ anwerben und Anschläge planen, nur um sie dann kurz vor ihrer Ausführung „vereiteln“ zu können.

Die Geheimdienste sind im Schatten ihrer Befugnisse zu einer geheimen vierten Macht im Staat herangewachsen, die alle relevanten digitalen Informationen über uns speichert. Die Dienste haben das Ziel alles über uns zu wissen, um . Ist ein solches einseitiges Informationsmonopol mit Demokratie und Rechtsstaat vereinbar?

Ich sage: Es untergräbt demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien! Eine verdachtsunabhängige Überwachung aller Bürger zerstört ihre Privatsphäre. Ohne Privatsphäre wird ihnen jedoch die Möglichkeit genommen, sich ohne Angst vor Repressalien eine eigene Meinung zu bilden und sich für ihre Interessen im Staat zu organisieren und einzusetzen.

Wichtiger als die Frage, ob man sich an das Gesetz hält, wird die Frage, ob man die aktuelle Regierung unterstützt oder anderer Meinung ist. Hierbei wird der bedingungslose Kampf gegen selbstgemachten sogenannten Terrorismus als alternativlos dargestellt und andere Meinungen werden nicht geduldet: „Sie sind entweder auf unserer Seite, oder Sie sind auf der Seite der Terroristen.“ So drückte es George W. Bush bei mehreren Gelegenheiten im Kontext des „War on Terror“ aus.

Es zeigt sich ein entscheidendes Merkmal des Staates durch die Totalüberwachung aller Menschen: Sein immenses Misstrauen und seine Angst vor den Bürgern. Doch wovor hat er Angst? Er hat Angst vor rechtlich geschützten, selbstständig denkenden, entschlossenen Journalisten und davor, dass die Bürger erfahren, was er tatsächlich in ihrem Namen unternimmt (Stichwort: Whistleblower-Schutz). Er hat Angst, dass die Bürger etwas vor ihm verstecken (Stichwort: Überwachung) und, dass sie zu viel darüber lernen könnten, wie die Welt tatsächlich organisiert ist (Stichwort: Internetfilter).

Der Staat ist in seiner elementarsten Form ein Machtmonopol. Er muss in seine Grenzen verwiesen werden, ihm muss misstraut werden und er darf nur als notwendiges Übel geduldet werden. Wenn hier jemand transparent sein und kontrolliert werden sollte, dann er. Und das nicht von sich selbst, sondern von uns, den Bürgern.

Wir sehen gerade die Institutionalisierung einer flächendeckenden Überwachung und damit eine Festschreibung von gegen Demokratie und Vernunft gerichteten Prinzipien. So etwas können wir nicht dulden, ohne uns mit schuldig zu machen.

---

Wir als Gesellschaft sind überzeugt in jeder Hinsicht fortschrittlich zu sein und aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt zu haben. Wir sind überzeugt, dass wir in einer Demokratie leben und damit sicher vor jeder Art von zukünftiger Tyrannei sind. Ich finde, wir sollten unsere Überzeugungen gewissenhaft prüfen und uns vor Augen führen, wie die aktuellen Geschehnisse die Grundpfeiler einer jeden Demokratie bedrohen.

**ÜBERARBEITEN:** Die Gefahr besteht in der schrittweisen Einführung der Überwachung: Fast unmerklich dringt sie mehr und mehr in unsere privaten Lebensbereiche ein. Neue Generationen gewöhnen sich an die Überwachung, was ihre weitere Verschärfung erlaubt. So ist es möglich Schritt für Schritt ein alles durchdringendes Überwachungssystem einzuführen – ohne dabei einen genauen Punkt nennen zu können, an dem die kritische Grenze überschritten wurde. Ehe man sich versieht wacht man in einer von kühl kalkulierenden Computern überwachten Gesellschaft auf, deren Regeln mit Polizeigewalt durchgesetzt werden.

Wenn uns die Vergangenheit Deutschlands etwas lehrt, dann dass es fatal ist, das Recht auf eine eigene Meinung für ein fragwürdiges Sicherheitsgefühl einzutauschen. Benjamin Franklin schrieb: Wer wesentliche Freiheit aufgeben kann, um eine geringfügige bloß jeweilige Sicherheit zu bewirken, verdient weder Freiheit, noch Sicherheit.

„Das möchte ich Dir lieber nicht am Telefon erzählen.“ sollte für immer der Geschichte angehören und es liegt in unserer Hand dies sicherzustellen. Gestern wurde unsere Geschichte geschrieben und heute schreiben wir die Geschichte von morgen! Der Augenblick etwas zu ändern ist jetzt. Wir brauchen ein neues Verhältnis zur Wahrheit in der Politik. Die Fragen zur staatlichen Überwachung sollten unserer Demokratie zu Liebe zügig und rechtsstaatlich aufgeklärt werden. Es gilt wie eh und je: Wir tragen die Mitschuld an den Folgen, wenn wir tatenlos bleiben.

---

Edward Snowden:

„Letztenendes fürchtet sich die Obama-Regierung nicht vor Whistleblowern wie mir, Bradley Manning oder Thomas Drake. Wir sind staatenlos, eingesperrt, oder machtlos. Nein, die Obama-Regierung fürchtet sich vor euch. Sie fürchtet sich vor einer informierten, aufgebrachten Öffentlichkeit, die jene verfassungstreue Regierung einfordert, die ihr versprochen wurde – und das sollte sie sich auch.“

---

Frank Schirrmacher im Interview mit dem Guardian:

None of the newspapers involved has questioned the duty and legitimate need of governments to prevent terrorism. No one has defended the ideology of terrorists or has even hinted at the idea that terrorism suspects should not be screened.

What the newspapers involved did discuss is the integrity of the very democracies that terrorists are trying to destroy. We all can feel and witness each other's tangible shock and dismay about the complete loss of democratic control over systems and secret services which seemingly feel entitled to decide on their own who is a friend and who is an enemy of our civil societies. We saw Jimmy Carter's deep concern. We saw how even an influential and staunchly conservative security expert such as Germany's Hans-Peter Uhl of the Bavarian CSU party defined the NSA files as a "wake-up call" that was hinting at a dangerous merger of private industries and secret services. If a conservative security expert like Germany's Hans-Peter Uhl ventures into such territory, we should realize that this affair is about much more than only a few powerpoint presentations. Publishing the Snowden files has by no means been an attack on our freedom and security, but a crucial prerequisite for freedom to exist in the future.

---

Wir werden von unserer Regierung *gezielt* desinformiert – von der selben Regierung, die von *sich* behauptet *demokratische* Prinzipien zu befolgen. Sie gibt vor *nur* unsere Sicherheit im Sinne zu haben, doch was sie wirklich möchte ist *absolute Kontrolle* über unsere Kommunikation zur Sicherung *ihrer Kontrolle* über uns. Sie hat Angst vor uns Bürgern. Sie hat Angst vor informierten Bürgern, die zornig sind, weil ihre Grundrechte missachtet wurden. Unsere Regierung *verschweigt* uns ihre wahren Motivationen, um uns ruhig zu halten und den *Anschein* einer lupenreinen Demokratie zu wahren. Unsere Politik hat darin *versagt* uns über die Kontrolle zu informieren, die die amerikanische Regierung im *Hintergrund* über uns alle ausübt.

**Damit muss nun Schluss sein!**

Warum brauchte es erst Whistleblower wie Edward Snowden, damit wir erfahren, was die deutsche Regierung in unserem Namen macht? *Warum* hat sie uns nicht selbst darüber informiert? *Sie wusste*, dass eine flächendeckende Kontrolle jeder (relevanten) Kommunikation von uns *abgelehnt* werden würde – und hat sich *dafür* entschieden. Soetwas ist *keine Demokratie*, das ist der Anfang einer düsteren Zukunft, *falls* wir nichts unternehmen sollten. *Kein Land* kann diese Daten an ein anderes Land geben, ohne sich *vollkommen* auszuliefern. Diese selbsternannten *Eigentümer* unseres Landes sind offensichtlich für die Führung eines *freien demokratischen Staates ungeeignet*. Dieser *Verrat* an unserer *Souveränität* muss unserer Demokratie zu Liebe *zügig* und *rechtsstaatlich* aufgeklärt werden. *Es reicht nicht* einige Schuldige vorzuführen ... *wir müssen* die Vergehen bis in die *höchsten Hierarchien* zurückverfolgen und die Beteiligten für ihren *Verrat an den Bürgerinnen und Bürgern* zur Rechenschaft ziehen.